



Bezirksregierung Münster Regionalplanungsbehörde

Geschäftsstelle des Regionalrates

Tel.: 0251/411-1755 Fax: 0251/411-81755 E-Mail: geschaeftsstelle.regionalrat@brms.nrw.de

Sitzungsvorlage 20/2015

Niederschrift der Regionalratssitzung vom 15.12.2014

Berichterstatter: Regionalplaner Ralf Weidmann

BearbeiterIn: Regierungsdirektorin Beatrix-Hess
Tel. 0251 / 411 - 1750
Regierungsbeschäftigte Gundhilde Greiwe
Tel. 0251 / 411 - 1408

Diese Vorlage ist Beratungsgrundlage zu

- TOP der Sitzung der Verkehrskommission am
- TOP der Sitzung der Strukturkommission am
- TOP 1 der Sitzung des Regionalrates am 22.06.2015**

Beschlussvorschlag

für die Verkehrskommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für die Strukturkommission:

- Zustimmung Kenntnisnahme

für den Regionalrat:

- Zustimmung Kenntnisnahme

Niederschrift der Sitzung des Regionalrates Münster am 15.12.2014

Beginn: 09.30 Uhr

Ende: 12.17 Uhr

Anwesenheitsliste: s. Anlage 1

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Seinem Vorschlag, den TOP 14f, "Gesetzentwurf der Landesregierung für das Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr", vorzuziehen und im Anschluss an TOP 1 zu beraten, wurde gefolgt.

Herr Regierungspräsident teilte mit, dass die Position der Leitung der Abteilung 5 mit Frau Abteilungsdirektorin Dr. Wies wieder besetzt sei. Sie werde an den nächsten Sitzungen teilnehmen.

TOP 1: Genehmigungen der Niederschriften der Sitzungen des Regionalrates vom 30.06.2014 und vom 01.09.2014

Der Regionalrat genehmigte die Niederschriften einstimmig.

**TOP 14 f Gesetzentwurf der Landesregierung für das Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr
erneute Stellungnahme des Regionalrates Münster**

Der Vorsitzende führte aus, dass es in dieser Stellungnahme darum gehe, die gemeinsame Ablehnung des Gesetzesentwurfes zu artikulieren. Der vorliegende Text sei auf die wesentlichen Kernpunkte beschränkt worden.

Er betonte, dass eine positive Entwicklung des Ruhrgebietes erfreulich wäre und die Stärkung der Regionen gewünscht werde. Jedoch sollte dies für alle Regionen gleich und nicht einseitig für das Gebiet des RVR geschehen. Problematisch wäre aus seiner Sicht die geplante Direktwahl.

Herr Schemmer führte aus, dass die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit eine Aufgabe sei, die im ganzen Land stattzufinden habe. Die Neueinführung einer parlamentarischen Ebene, deren Mitglieder über eine Direktwahl bestimmt werden sollen, sei aus seiner Sicht problematisch, da zusätzliche Mehraufgaben gefordert werden könnten. Die CDU-Fraktion werde daher diese Stellungnahme uneingeschränkt unterstützen.

Herr Bergmann bestätigte ebenfalls, dass eine erneute Positionierung einen Tag vor der Anhörung im Landtag richtig wäre. Die Ergänzung mache deutlich, dass gewisse Punkte kritisch gesehen werden und NRW sich insgesamt weiter entwickeln müsse.

Die sozialdemokratischen Regionalrats-Fraktionen NRW hätten sich getroffen und eine gemeinsame Stellungnahme nach Düsseldorf geschickt, die gleiche Rechte für alle fordere.

Herr Fehr teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Stellungnahme voll unterstützen werde, auch wenn er die Situation nicht einfach fände. Die Kritik sei berechtigt, aber man müsse auch zur Kenntnis nehmen, dass die Landtagsfraktionen gespalten seien. Er stellte in Frage, ob die Forderung nach Direktwahlen für alle Regionen Sinn habe, da doch die derzeitigen Strukturen funktionsfähig seien.

Herr Gerhardy betonte, dass auch die FDP diese Resolution natürlich mit unterstützen werde. Er halte neue Kompetenzzuweisungen nach der Direktwahl eines Parlamentes für untragbar und befürchte, dass dies auf Kosten der anderen Parlamente gehen würde.

Herr Sagel hielt die Stellungnahme in der Sache für diplomatisch aber auch entschieden genug, um deutlich zu machen welche Interessen der Regionalrat habe. Er sah auch die Partikularinteressen der verschiedenen Regionen und vertrat die Auffassung, dass Westfalen aufpassen müsse nicht gegenüber dem Rheinland abgehängt zu werden.

Herr Gebhard als Vorsitzender der Landschaftsversammlung des LWL ging zunächst auf die von Herrn Landesdirektor Löb geäußerte Meinung ein, dass hier eine Drohung im Raum stünde, eine Region zu bevorzugen.

Der LWL und der Regionalrat Münster hätten keine unterschiedlichen Positionen, von daher könne er hier sowohl für die Verwaltung des LWL als auch für alle Fraktionen bestätigen, dass die Position der Stellungnahme geteilt würde.

Der Vorsitzende bedankte sich für die klare Aussage. Kernpunkt sei es, in NRW starke Regionen zu haben. Die Benachteiligung einzelner Regionen dürfe nicht zugelassen werden und Westfalen müsse ernst genommen werden. Sein Interesse sei es, dass ein Dialog mit allen geführt werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Sagel** führte der **Vorsitzende** aus, dass die Regionalräte in NRW insgesamt in einem sehr engen Dialog und in Gesprächen zu diesem Thema stünden. Es bestünde eine große auch überparteiliche Übereinstimmung.

Herr Schemmer bestätigte, dass es Gespräche gegeben habe. Er beschrieb aus der Sicht der CDU-Fraktion, dass die RVR-Fraktion im Ruhrgebiet die Situation etwas anders sähe.

Herr Regierungspräsident dankte ebenfalls für die eindeutige Stellungnahme. Er informierte darüber, dass die Positionierungen der anderen Regionalräte zwar anders formuliert wären, inhaltlich aber ähnlich seien.

Der Vorsitzende bedankte sich und schloss den TOP ab.

Der Regionalrat stimmte dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 56/2014 einstimmig zu

TOP 2: Benennung eines Vertreters des Landschaftsverbandes als beratendes Mitglied für den Regionalrat Münster

Der Vorsitzende erläuterte, dass Herr Gebhard als beratendes Mitglied vom Landschaftsverband benannt worden sei und damit eine langjährige Tradition fortgesetzt werde.

Der Regionalrat nahm die Sitzungsvorlage 40/2014 zur Kenntnis

TOP 3: Regionale Strukturpolitik
mündlicher Bericht

Herr Regierungspräsident führte in das Thema ein. Insbesondere seien zwei Themen für die Region sehr wichtig.

Breitbandversorgung

Das Thema Breitband stünde bei der Landesregierung oben auf der Agenda. An der letzten Münsterlandkonferenz hätten u. a. Frau Schumacher als Vertreterin des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk und Herr Prof. Dr. Möller von Breitband Consulting.NRW teilgenommen.

Er berichtete, es sei der Wunsch der Teilnehmer gewesen, sich vor allem mit den Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Verbindung zu setzen. Zudem sei gefordert worden Anreize für Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten für Investoren zu schaffen sowie Förderprogramme weiter zu entwickeln.

Mobilität im ländlichen Raum

Herr Regierungspräsident führte aus, dass die in der letzten Münsterlandkonferenz gegründete AG Mobilität erste Ergebnisse ihrer Arbeit in einer Broschüre zusam-

mengefasst habe. Als weiterer Schritt würden Strategien zur Umsetzung des Konzeptes erarbeitet.

Der Vorsitzende berichtete, dass er Herrn Minister Duin eingeladen habe, den Regionalrat zum Thema Breitbandversorgung zu unterrichten.

Frau Regierungsvizepräsidentin teilte mit, dass das EU-Förderprogramm INTERREG am 19.11.2014 verabschiedet worden sei. In dieser Förderperiode gäbe es mit erster Priorität das Thema 'Stärkung von Forschung in technologischer Entwicklung und Innovation' mit der schwerpunktmäßigen Förderung der Bereiche Agrarbusiness, Energie, CO2-arme Wirtschaft, Logistik und sonstige Bereiche sowie mit zweiter Priorität das Thema 'Simulierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Institutionen' mit den Bereichen Arbeit und Ausbildung, Natur, Landschaft, Umwelt und Kultur. Für den gesamten Raum entlang der niederländischen Grenze in NRW stünden Fördermittel in Höhe von 444 Mill. € für diese Projekte zur Verfügung. Für das Münsterland seien damit Gelder für Programme der Priorität 2 in Höhe von 21 Mio. € verfügbar, von denen 9 Mio. € zwingend an die Projekte der EUREGIO gebunden seien. Darüber hinaus gäbe es einen Gesamtbetrag von 104 Mill. €, der für strategische Initiativen reserviert sei und allen EUREGIO-Projekten zur Verfügung stünde. Der Lenkungsausschuss könne schon im Februar 2015 über die ersten Projektideen entscheiden.

Herr Bergmann wies auf die Bedeutung der Mobilität im ländlichen Raum hin. Beispielsweise werde der Busverkehr derzeit über den Schülerverkehr gesichert finanziert, was aber in Zukunft wegen rückläufiger Schülerzahlen nicht mehr gewährleistet werden könne. Folglich sei es wichtig, in der Region weiterhin gemeinsam nach konstruktiven Lösungen für Mobilität zu suchen.

Herr Gutsche begrüßte die Einladung an Herrn Minister Duin. Der flächendeckende Breitbandausbau im ländlichen Bereich müsse erfolgen, um die Konkurrenzfähigkeit von Betrieben in diesem Raum zu sichern.

Der Vorsitzende erläuterte nochmals, dass er den Minister gebeten habe, an einer Regionalratssitzung in 2015 teilzunehmen.

Herr Fehr sah ebenfalls ein flächendeckendes Breitbandnetz als zwingend notwendig an. Es sei staatliche Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese Infrastruktureinrichtung überall zur Verfügung stünde. Die Entscheidung darüber könne nicht allein den Netzbetreibern überlassen werden, die nach ökonomischen Gesichtspunkten entschieden und keine Verantwortung für die Daseinsvorsorge übernähmen.

Herr Regierungspräsident verwies auf das Resultat der Münsterlandkonferenz, wonach es wegen unterschiedlichster Rahmenbedingungen wichtig sei, lokale Lösungen zu finden.

Herr Sagel betonte, dass ein Breitbandnetz allen zur Verfügung stehen müsse und nicht nur Regionen, in denen es ökonomisch gesehen profitabel sei.

Herr Schemmer stellte heraus, dass durch kommunales Engagement bereits viel erreicht worden sei, es aber staatliche Aufgabe sei, die flächendeckende Versorgung noch weiter zu verbessern.

TOP 4: Vorstellung der Förderperiode 2014 - 2020 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in NRW

Vortrag von Herrn Dr. Roth-Harting, Leiter Referat IV.1, Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW

Herr Dr. Roth-Harting stellte sich als Leiter der EFRE-Verwaltungsbehörde vor und erläuterte an Hand von Folien* das Programm EFRE.

*Folien des Vortrags s. Anlage 1 zur Niederschrift

Herr Sagel fragte nach, ob die vier Schwerpunktausrichtungen gleichrangig zu betrachten seien und ob die Aspekte 'Strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit' und 'Migration' Berücksichtigung fänden.

Herr Dr. Roth-Harting machte deutlich, dass eine Schwerpunktsetzung bereits durch die festgelegten Fördersummen erfolge, die Programme aber untereinander vernetzt seien. Ob die angesprochenen Themen aber Teile eines Programms sein sollten, sei die Entscheidung einer Kommune, da es in Städten andere Problemfelder gäbe als im ländlichen Raum.

Herr Sagel fragte nach, ob es auch für das Forschungszentrum in Jülich keine Prioritätensetzung gäbe.

Herr Dr. Roth-Harting verwies auf die vorgegebenen Themenfelder der Programme und auf die Zuständigkeit der Bezirksregierung. Zwar würde ein Rahmen für die Programme gesetzt, dieser sei aber sehr weit gefasst.

Der Vorsitzende bat die Bezirksregierung um Konkretisierung der Projekte für das Münsterland.

Herr Schulte-Uebbing fragte nach, ob die Schnittstelle für die beiden Programme EFRE und ESF bei der Staatssekretärskonferenz oder bei den Landesbegleitausschüssen läge. Darüber hinaus stelle sich die Frage nach der Finanzierbarkeit von Projekten, wenn jede Region aufgefordert sei ca. 4-5 Anträge zu stellen, und ob die finanziellen Mittel für die REGIO NRW dann nicht zu gering bemessen seien.

Herr Gerweler fragte vor dem Hintergrund vieler Konversionsflächen im Steinfurter Raum nach, wie die Verteilung der Mittel erfolge.

Herr Dr. Roth-Harting stellte klar, dass die EU-Kommission bewusste Entscheidungen für verschiedene Programme mit unterschiedlichen Zielen und Verfahren getroffen habe. Aufgabe der Bezirksregierung als Bündelungsbehörde sei es, Synergien der verschiedenen Programme herzustellen. Der Aufruf REGIO sei durch die Anteile aus den Programmen EFRE, ESF, ELA und GRW höher dotiert. Möglicherweise müsse aber noch ein 2. Aufruf gestartet werden, wenn die Fördermittel für die Region nicht ausreichend sein sollten.

Im Hinblick auf die Brach- und Konversationsflächen stellte Herr Dr. Roth-Harting klar, dass keine Gelder verteilt sondern überzeugende Projekte gefördert würden. Entscheidungen hierzu würden von den Bezirksregierungen in Zusammenarbeit mit externen Beratern getroffen.

Herr Eiling merkte an, dass in Ziel 5 die Möglichkeit der Förderung der Breitbandversorgung von Unternehmen in Gewerbegebieten aufgeführt sei. Ein Großteil aller gewerblichen Betriebe sei jedoch in allgemeinen Wohngebieten, Mischgebieten und besonderen Wohngebieten angesiedelt und auch diese Betriebe bedürften einer Förderung.

Herr Hülsdünker fragte nach, wie die Priorisierung der Mittelverteilung bei der Bezirksregierung erfolgen werde vor dem Hintergrund, dass es im Regierungsbezirk Münster sehr unterschiedliche Problemlagen gäbe.

Herr Dr. Roth-Harting teilte die Einschätzung von Herrn Eiling, dass viele gewerbliche Betriebe außerhalb von Gewerbegebieten angesiedelt seien. Er plädiere daher für eine großzügige Interpretation bei der Mittelvergabe, könne aber noch nicht sagen, ob die EU-Kommission dieses auch mittrage.

Darüber hinaus stellte er klar, dass die Kommunen Antragsteller für Projekte seien. Es sei aber gewünscht, wenn dieses in Zusammenarbeit mit den Organisationen vor Ort sowie der Handwerks- und Industrie- und Handelskammer erfolge.

Zur Frage der Mittelvergabe machte er deutlich, dass keine Mittelaufteilung beabsichtigt sei sondern die Förderung der besten Projekte im Land. Es handele sich um einen Wettbewerb der Regionen.

Frau Regierungsvizepräsidentin ergänzte, dass das Forschungszentrum Jülich ein Sonderfall sei. Da technische Spezialthemen zu bewerten gewesen seien, sei die Entscheidung für dieses Projekt im Einvernehmen mit dem Ministerium erfolgt.

Herr Weidmann wies darauf hin, dass das Programm EFRE einen hohen Anspruch habe im Hinblick auf Wirkungskontrolle, Wettbewerb und rechtliche Rahmenbedingungen. Damit verbunden sei die neue, in Dezernat 34 angesiedelte Aufgabe der Bezirksregierung als Bündelungsbehörde. Beispielhaft sei dies bereits umgesetzt worden beim Aufruf RegioCall. Im Februar 2015 werde es bei der Bezirksregierung hierzu eine Informationsveranstaltung für die Kommunen geben.

Herr Sagel fragte, ob es eine Übersicht mit allen im Land NRW geförderten bzw. nicht geförderten Projekten der letzten Förderperiode gäbe.

Der Vorsitzende verwies hierzu auf TOP 5.

Herr Dr. Roth-Harting verwies auf den Internetauftritt des MWEIMH NRW.

Herr Fehr äußerte die Erwartung, dass auf Grund der Zuständigkeit des Dezernates 34 im Regionalrat künftig umfangreicher über Pläne und Programme informiert würde.

Herr Weidmann ergänzte, dass die EU-Förderphase bis 2014 abgeschlossen sei. Momentan sei es Aufgabe zu prüfen, ob die beantragten Fördermittel tatsächlich abgerufen worden seien. Auch in der Vergangenheit sei der Regionalrat regelmäßig über Förderprogramme, die EU-Fördermittel enthielten, informiert worden.

Herr Dr. Roth-Harting erläuterte, dass der Begleitausschuss zum EFRE-Programm regelmäßig über den Stand der Wettbewerbsaufrufe informiert werde. Bei Bedarf könne das Thema jederzeit für die Region aufgearbeitet und vorgestellt werden.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Dr. Roth-Harting für den Vortrag und die gegebenen Informationen.

TOP 5: Jahresförderprogramm 2013

Gesamtüberblick über Förderungen der Bezirksregierung Münster im Münsterland

Herr David stellte anhand einer PowerPoint-Präsentation die Förderungen der Bezirksregierung Münster im Münsterland für das 2013 vor.

*Folien des Vortrages s. Anlage 2] zur Niederschrift

Der Vorsitzende bedankte sich für diesen Überblick und äußerte den Wunsch für das Jahr 2014 etwas zeitnäher informiert zu werden.

Herr Schemmer stellte fest, dass das Thema Reegionalisierungsmittel für den Bereich des ÖPNV und für den Schülerverkehr angesprochen wurde. Er bat ergänzend noch um Ausführungen zum Thema Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, den zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln und zur Kürzung der Denkmalförderung.

Herr Sagel schloss dem an, der Rückgang der Mittel für die Bereiche Kultur und Straßenbau sei dramatisch. Vor allem im Bereich des Straßenbaus, stellte er die Frage womit in Zukunft zu rechnen sei. Des Weiteren interessierte ihn die inhaltliche Bedeutung der Umstellung auf "Darlehen" in Bezug auf die Denkmalpflege

Herr Fehr bedankte sich ebenfalls für die Präsentation und bat zukünftig um eine andere Form der Darstellung. Er hielt es durchaus für machbar, die unterschiedlichen Fördertöpfe graphisch mit Bezug zur Fläche und zur Bevölkerung abzubilden, da so nur absolute Zahlen, die häufig auf Gebietskörperschaften bezogen seien, wiedergegeben würden. Er regte an, dies indirekt über Förderquoten pro Kopf zum Ausdruck zu bringen.

Er vermisse zudem einen Vergleich zur Emscher-Lippe Region, da die Bezirksregierung letztlich auch hierfür die Förderbehörde sei.

Herr David führte zur Frage der Regionalisierungsmittel aus, dass eine Verringerung der Mittel um 6,7 Mio. € stattgefunden habe, wovon rund 2 Mio. € auf die Denkmalpflege entfielen. Die Reduzierung der Mittel für die Denkmalpflege hänge damit zusammen, dass seitens der Bezirksregierung nicht einfach Zuschüsse gezahlt wurden, sondern Darlehen von anderer Stelle gewährt worden seien.

Im Bereich des ÖPNV verwies **Herr David** auf die Folie zum Bereich Verkehr. Die Veränderungen wären nicht allein auf die Förderung der kommunalen Straßen oder Radwege zurückzuführen, sondern auch auf die Veränderungen in der Verteilung der Regionalisierungsmittel.

Frau Regierungsvizepräsidentin fügte hinzu, dass das Thema kommunaler Straßenbau noch in einem späteren TOP beraten werde und regte an, die Fragen dort nochmal aufzugreifen.

Sie teilte auf die von Herrn Sagel gestellte Frage zum "Darlehen" mit, dass das Land sich Ende letzten Jahres entschieden habe, die Denkmalförderung auf zinsgünstige Darlehen der NRW-Bank umzustellen.

Die Bezirksregierung habe dies seinerzeit sehr bedauert, es sei aber nun mal seitens der Landesregierung so entschieden worden.

Herr Sprogies ergänzte zum kommunalen Straßenbau, dass dem Vortrag entnommen werden könne, dass im Jahr 2013 etwa 4 Mio. € in den Bereich Straßenbau geflossen seien. Der Vorlage zu TOP 13 könne entnommen werden, dass 2014 rd. 8,6 Mio. € zur Verfügung stünden.

Herr Bergmann vertrat - wie Herr Fehr auch - die Meinung, dass Statistiken zwar wichtig seien. Spannender sei aus seiner Sicht jedoch die Darstellung der künftigen Nutzungsmöglichkeiten des "Förderportals" und die konkrete Umsetzung der "Förderlotsen".

Herr Sagel fragte nach, ob aufgrund eines der Notprogramme im Straßenbau die Mittel anders verteilt worden seien und ob dies in Zukunft häufiger erwartet werden müsste.

Frau Regierungsvizepräsidentin schlug vor, diese Frage bei dem TOP zur Straßenbauförderung weiter zu besprechen.

Sie führte zum Sachstand des "Förderportals" aus, dass die Bezirksregierung mit Hochdruck an einem neuen Internetauftritt arbeite und in diesem Zusammenhang auch die Förderseite neu gestaltet werde. Hier könnten dann alle EU-Förderprogramme mit Ansprechpartner eingesehen werden.

Der Vorsitzende dankte für die Informationen insgesamt. und schloss damit den TOP ab.

TOP 6: Siedlungsflächenmonitoring für das Münsterland – Aufbau und erste Ergebnisse

Sitzungsvorlage 41/2014

Der Vorsitzende erläuterte einleitend, dass das Siedlungsflächenmonitoring in den letzten zwei Jahren aufgebaut und auf einem guten Weg sei.

Herr Weidmann führte aus, dass diese Sitzungsvorlage den Einstieg in das Siedlungsflächenmonitoring markieren würde. Durch ein sehr gutes Mitwirken der Münsterlandgemeinden konnten die Einstiegsdaten der Bauflächenreserven für das Monitoring auf der Ebene des Flächennutzungsplanes erhoben werden. Er ergänzte, dass weitere Erhebungen erfolgen müssten, um längerfristig einen Flächenverbrauch ablesen zu können.

Herr Schemmer fragte nach, inwieweit auch Flächen als Bauflächenreserven erfasst wurden bzw. zukünftig erfasst werden sollen, die real nicht mehr genutzt würden, aber bebaut seien. Als Beispiel nannte er Industriebrachen.

Herr Weidmann erläuterte, dass die Erhebungen von Bauflächenreserven auf der Ebene des Flächennutzungsplanes so mit dem Land abgestimmt seien. Der Umgang mit der Berücksichtigung von Brachflächen sei ein zusätzlicher Gesichtspunkt, der künftig in das Monitoring mit eingebunden werden soll.

Herr Eiling machte deutlich, dass dieses Monitoring für die HWK wichtig sei, um zu sehen in welchem Umfang tatsächlich Flächen für Industrie- und Gewerbe bereitgestellt werden können. Die Erhebungsebene des Flächennutzungsplanes sei durchaus mit erheblichen Unsicherheiten beflastet. Er rege daher eine Erhebung auf der Grundlage der Bebauungspläne oder sogar für akquisitionsfähige Gewerbeflächen an.

Er verwies auf Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet, wo aus großen Flächenreserven lediglich kleine Restflächen übrig blieben, die dann tatsächlich der Wirtschaftsförderung zur Verfügung gestellt werden konnten.

Herr Gutsche zeigte Verständnis dafür, dass für den Einstieg in das Monitoring ein längerer Zeitraum benötigt wurde. Er regte an, dass die Gemeinden ergänzend auch die Eigentümerschaft (öffentlich oder privat) angeben sollten.

Herr Fehr hielt die Sitzungsvorlagen für relativ wenig aussagekräftig.

Er zeigte sich zudem irritiert über eine Aussage der letzten Strukturkommission, wonach die Anpassung der Flächennutzungsplanung an den Regionalplan so erfolgen solle, das alles was dort jetzt ausgewiesen sei, zeitnah in die kommunalen Flächennutzungspläne umzusetzen sei. Dies passe nicht zum Ziel 3 des Regionalplanes, das gewährleisten solle, dass Allgemeine Siedlungsbereiche durch kommunale Planungen nur insoweit in Anspruch genommen werden, wie dies dem jeweils aktuellen Bedarf unter Berücksichtigung der dann absehbaren Bevölkerungsentwicklung entspreche. Er regte an die Klärung der Begriffe "aktuell" und "absehbar" aus dem Ziel 3 in einer der nächsten Planungskommissionen zu besprechen.

Der Vorsitzende nahm den Vorschlag auf.

Herr Schemmer wies daraufhin, dass es im Münsterland sehr unterschiedliche Vorgehensweisen bei den Kommunen gebe. Einige würden sehr frühzeitig die Ergebnisse des neuen Regionalplanes in ihre Flächennutzungspläne übernehmen, andere würden Flächen übernehmen, wenn die tatsächliche Verfügbarkeit auch abgeklärt sei. Beides sei aus seiner Sicht rechtskonform und nicht zu kritisieren.

Herr Gerhardy führte aus, dass er davon ausgehe, dass die Bezirksregierung die Kommunen eng begleitet habe. Aus Eigentumsgründen wären immer mehr Flächen nicht verfügbar und Städte und Kommunen seien sehr eingegrenzt sein in Bezug auf eine tatsächliche Umsetzbarkeit.

Der Vorsitzende bedankte sich abschließend und verwies auf die Planungskommis-sionssitzungen für die weitere Diskussion.

TOP 7 Entwicklung der Erneuerbaren Energien im Münsterland – Auswertung der Daten des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)

Der Vorsitzende leitete das Thema ein und stellte fest, dass das Münsterland in nahezu allen Bereichen der erneuerbaren Energien sehr weit vorne liege.

Herr Weidmann beschrieb die Auswertung als eine Gesamtschau über den Stand der Energiewende im Münsterland und den Einsatz regenerativer Energien. Sie sei eine wichtige Grundlage für Beschlüsse bzw. Diskussionen der Planungskommission für den Sachlichen Teilplan Energie.

Herr Bergmann schloss sich dem an. Er stellte zu der Tabelle 1 "Anzahl und installierte Leistung von Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien im Jahr 2013" die Frage, ob es besondere Gründe für das Leistungsgefälle der insgesamt installierten Leistung in KW in den Münsterlandkreisen geben würde.

Der Vorsitzende merkte dazu an, dass die Voraussetzungen in den Kommunen unterschiedlich seien. Das würde auch in den aktuellen Diskussionen zu den Windeignungsbereichen deutlich.

Herr Sagel hielt es für problematisch, dass in der Vorlage vor allem zum Bereich Windenergie keine ausreichenden Daten für eine Auswertung zur Verfügung gestanden hätten. So lägen zur Netzeinspeisung in die verschiedenen Stromspannungsebenen überhaupt keine Daten vor, weshalb ein Vergleich nicht möglich sei.

Dies bestätige seine Wahrnehmung, dass die Windverhältnisse hier sehr schlecht seien und die angegebenen Leistungen nicht dem entsprächen, was eigentlich geplant gewesen sei.

Herr Weidmann führte aus, dass die Sitzungsvorlage auf Grundlage der zur Verfügung gestellten Daten des LANUV entstanden sei. Er halte die enthaltenen Informationen für ausreichend aussagekräftig. Zudem seien die Festlegungen des Regionalplans eine Angebotsplanung und nach einer Methodik erarbeitet, die möglichst konfliktarme Räume bestimme. Der Regionalrat habe die Entstehung der Methodik begleitet.

Herr Schemmer wies darauf hin, dass ihm in vielen Bereichen bessere Ergebnisse bekannt seien, als hier aufgeführt. Er betonte, dass die Jahresleistung des Münsterlandes im Vergleich zum Land NRW insgesamt gewaltig und das Münsterland exzellent aufgestellt sei.

Herr Gutsche schloss sich dem an. Zu der Angebotsplanung im Regionalplan Münsterland führte er aus, dass es aus den Kreisen und auch aus den Kommunen erhebliche Bedenken zu dem einen oder anderen Bereich gäbe.

Herr Ommen stellte ebenfalls fest, dass das Münsterland gut aufgestellt sei.

Den Landesvergleich auf die Einwohnerzahlen herunter zu brechen erschiene ihm allerdings nicht angezeigt, da andere geographische Zusammenhänge im Münsterland als in Teilen von Großstädten des Landes vorherrschen würden. Aus Sicht der SPD Fraktion sei die Sitzungsvorlage durchaus informativ.

Herr Gerhardy führte aus, dass aus seiner Sicht eine Diskussion zu den Erneuerbaren Energien entweder mit Blick auf die installierten Anlagen und deren installierte Nennleistung geführt werden könnte oder aber mit Blick auf effektive Leistungen dieser Anlagen und die Subventionskosten. Wichtig sei dabei aber immer, dass effektive Standorte und Anlagen gestärkt und vorangetrieben würden.

Herr Sagel bekräftigte seine negativen Erfahrungen mit verschiedenen Betreibern und führte aus, dass eine Angebotsorientierung grundsätzlich richtig sei, aber die installierten Leistungen und der daraus entstandene effektive Nutzen genauestens zu betrachten wären.

Herr Regierungspräsident betonte, dass egal ob nach Bevölkerung oder Fläche gerechnet würde, das Münsterland gut aufgestellt sei. Die Angebotsplanung sei eine Chance das noch weiter auszubauen. Er regte an, Detailfragen in den konkreten Diskussionen zum Sachlichen Teilplan "Energie" zu führen.

Herr Fehr begrüßte es, dass es zumindest einen Grundkonsens im Münsterland gebe, diesen Weg zu gehen. Der Naturschutz stehe zwar vielen Anlagen kritisch gegenüber aber er wisse auch, dass die Windenergie nicht grundsätzlich ablehnt würde. Die im Sachlichen Teilplan Energie festgelegten 9.000 ha Windenergiebereiche seien aus seiner Sicht ausreichend, aber die Landesregierung habe den Kommunen weitere Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Herr Bergmann ergänzte, dass keine Windenergieanlage ohne entsprechende Gutachten über die Windhäufigkeit errichtet werden würde. Dies gelte sowohl für Bürgerwindparks wie für andere Investoren.

Der Vorsitzende schloss die Diskussion ab.

TOP 8: Dringlichkeitsliste zur Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten 2015

Sitzungsvorlage 43/2014

Herr Weber verwies auf die Vorlage, die eine Prioritätenliste sei, die die Voraussetzungen für die spätere Förderung für den ganzen Planungsraum darstelle.

Der Vorsitzende stellte fest dass es keine Wortmeldungen dazu gab.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 43/2014 wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 9: Städtebauförderung 2014

Unterrichtung über das Städtebauförderungsprogramm 2014

Sitzungsvorlage 44/2014

Der Vorsitzende wiederholte zu Beginn des Tagesordnungspunktes die Kritik aus der letzten Strukturkommissionssitzung, dass es wünschenswert wäre, dass die Förderbescheide nicht erst zum Ende des Jahres ergingen. Er betonte zugleich, dass klar sei, dass die Bezirksregierung aufgrund der Beschlussfassungen über die Haushalte des Landes und des Bundes nicht anders hätte handeln können.

Herr Schemmer unterstützte die Auffassung, des Vorsitzenden. Aus seiner Sicht sei es positiv, dass die Regionale überproportional mit Fördergeldern bedacht wurde.

Die Sitzungsvorlage 44/2014 wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 10: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2015 für die
Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes
Sitzungsvorlage 45/2014**

Herr Sprogies gab als Einstieg einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2014. Für das Münsterland konnten 2014 drei Maßnahmen fortgesetzt und eine abgeschlossen werden. Insgesamt habe Volumen von 11,7 Mio. € Mittel umgesetzt werden können. Das entspreche bei einem Landesprogramm in dem Bereich von 42 Mio. € einem Anteil von 28 %. Im Vergleich zur Einwohnerzahl halte er dies für ein gutes Ergebnis.

Zu den Mitteln für das Jahr 2015 führte er aus, dass die Angaben auf dem vorläufigen Entwurf des Ministeriums mit einem Gesamtvolumen von 37 Mio. für regionale Maßnahmen beruhen. Die Ortsumgehungen Nordwalde und Umgehung Münster - Wolbeck stünden dabei kurz vor der Fertigstellung und seien noch finanziell abzuwickeln.

Herr Schemmer bemerkte, dass das Gesamtvolumen niedriger sei als vor 30 Jahren. Seines Wissens werde die Umgehung Münster - Wolbeck am 16. Dezember 2015 für den Verkehr freigegeben und dennoch seien in der Vorlage für 2015 noch 3,5 Mio. € an Mitteln enthalten.

Er führte weiter aus, dass seit fünf Jahren kein Straßenneubauprojekt begonnen worden sei, er hoffe, dass laufende Planfeststellungsverfahren bald zu positiven Ergebnissen führen würden. Dabei ginge es ihm nicht um den Neubau großer Straßenprojekte, sondern vielmehr um Ausbaumaßnahmen zur Entlastung der Ortskerne.

Die Sitzungsvorlage 45/2014 wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 11: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2015 für den Um-
und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. Euro Gesamtkosten:
Entscheidung über die Priorisierung
Sitzungsvorlage 46/2014**

Der Vorsitzende erläuterte, dass der Sitzungsvorlage eine Prioritätenliste beigelegt sei. Für das Münsterland stünden demnach insgesamt 1,05 Mio. € an Mitteln zur Verfügung. Er gehe davon aus, dass nur wenige Maßnahmen umgesetzt werden könnten.

Herr Ommen bemerkte, dass die ersten beiden Prioritäten (L 604 westl. Bocholt und 1. Bauabschnitt der L 851 Drensteinfurt-Sendenhorst) seit Jahren immer diese Rangfolge hätten. Er hoffe, dass man bei den Planungen in diesem Jahr weiter kommen werde, zumal es Zusagen des Landesbetriebs NRW gäbe. Er halte dies für dringend erforderlich.

Herr Sprogies ergänzte dazu, dass er durch Vertreter von Straßen NRW erfahren habe, dass die erste Maßnahme (L 604 westl. Bocholt) voraussichtlich erst 2016 vorgebracht werden könne. Hinsichtlich der zweiten Maßnahme (1. Bauabschnitt der L 851 Drensteinfurt-Sendenhorst) werde diskutiert, ob eine Realisierung nicht auch ohne Planfeststellung möglich sei. Es sei der Bezirksregierung zugesagt, nochmals intensiv zu prüfen, ob ein früherer Baumaßnahmenbeginn möglich sei.

Abschließend teilte er mit, dass hinsichtlich der dritten Maßnahme (L 586 westlich Neubeckum) die Baureife vorliege und somit die Mittel fließen könnten.

Die Sitzungsvorlage 46/2014 wurde bei einer Stimmenthaltung beschlossen.

**TOP 12: Regionaler Vorschlag zum Jahresbauprogramm 2015 für den
Radwegebau an bestehenden Landesstraßen: Entscheidung über
die Priorisierung**

Sitzungsvorlage 47/2014

Herr Schemmer hielt im Zusammenhang mit den Bürgerradwegen eine Statistik für interessant die Auskunft gebe, wie viele km Bürgerradweg in der Vergangenheit bereits gebaut worden seien.

Herr Sprogies erwiderte, dass in der letzten Verkehrskommission darüber ansatzweise gesprochen worden sei und das Thema in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb weiter verfolgt werde.

Die Sitzungsvorlage 47/2014 wurde einstimmig beschlossen.

TOP 13: Aktuelle Informationen zum vom Regionalrat Münster beschlossenen Jahresförderprogramm "Kommunaler Straßenbau 2014"

Sitzungsvorlage 48/2014

Herr Sprogies wies daraufhin, dass der Katalog des Programms um eine Unwetter-Nothilfemaßnahme im Stadtgebiet Münster erweitert wurde.

Der Vorsitzende dankte Herr Sprogies und dem Verkehrsdezernat für die Möglichkeit der Aufnahme der zusätzlichen Maßnahme.

Die Sitzungsvorlage 48/2014 wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 14 a 1. Änderung des aufgestellten Regionalplans Münsterland, Neudarstellung eines GIB im Rahmen eines Flächentausches auf dem Gebiet der Stadt Beckum

- Bekanntmachungserlass vom 30.09.2014 -
Sitzungsvorlage 49/2014

Die Sitzungsvorlage 49/2014 wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 14 b Regionalplan Arnsberg, Sachlicher Teilplan "Energie" Stellungnahme der Bezirksregierung Münster
mündliche Information

Der Vorsitzende führte aus, dass keine Notwendigkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zu diesem Plan gesehen werde, da der Plan nicht die Belange des Münsterlandes berühre.

Die mündliche Information wurde zur Kenntnis genommen

TOP 14 c Benennung von zwei Mitgliedern des Regionalrates Münster zur Teilnahme an den Sitzungen des Kulturbeirates

Der Vorsitzende beschrieb das Vorgehen aus der Vergangenheit, wonach die beiden stärksten Fraktionen des Regionalrates Personen vorgeschlagen hätten. Er überließ es den Regionalratsmitgliedern anders zu beschließen.

Herr Schemmer schlug für die CDU-Fraktion **Herrn Nospickel** vor.

Herr Bergmann schlug für die SPD-Fraktion **Herrn Gebhard** vor.

Herr Fehr machte keinen Vorschlag, da das seiner Meinung nach nicht gewünscht sei.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass die Teilnehmerzahl auf zwei Personen beschränkt sei.

Herr Nospickel und **Herr Gebhard** wurden bei zwei Enthaltungen benannt.

**TOP 14 d Sitzungstermine des Regionalrates 2015, ergänzt um die
Sitzungstermine der Planungskommission Münsterland
Sitzungsvorlage 50/2014**

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Sitzungstermine nunmehr noch um die Termine der Planungskommission ergänzt worden seien.

Ergänzend wies er auf die für den 20. Mai 2015 geplante Infofahrt des Regionalrates hin und bat um zahlreiche Teilnahme.

Die Sitzungsvorlage 50/2014 wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 14 e Strukturvision Schiefergas, Antwortschreiben des "Ministerie van
Economische Zaken" auf die Stellungnahme des Regionalrates im
Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung
Sitzungsvorlage 55/2014**

Der Vorsitzende erläuterte, dass das Thema Schiefergas ("Fracking") auch noch im Rahmen des Sachlichen Teilplans Energie thematisiert werden würde.

Die Sitzungsvorlage 55/2014 wurde zur Kenntnis genommen.

**TOP 14 g Benennung von ordentlichen und stellvertretenden
Kommissionsmitgliedern durch die Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
Sitzungsvorlage 57/2014**

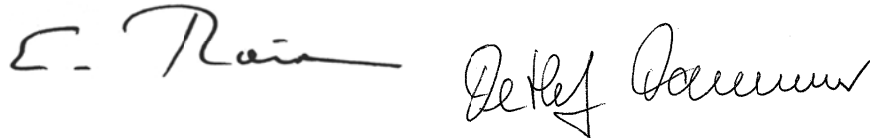
Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage.

Die Sitzungsvorlage 57/2014 wurde einstimmig beschlossen.

**TOP 14 h Benennung von Herrn Dieter Gebhard zum stellvertretenden
Mitglied der Strukturkommission durch die SPD-Fraktion
Sitzungsvorlage 58/2014**

Die Sitzungsvorlage 58/2014 wurde einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 12:17 Uhr.



Der Vorsitzende

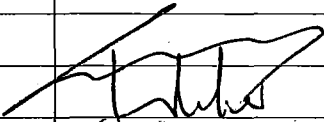
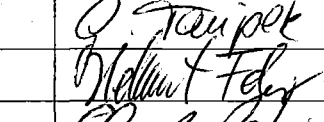
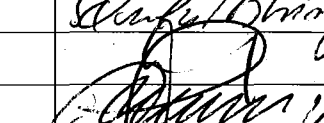
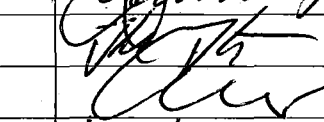
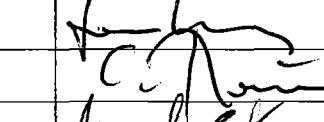
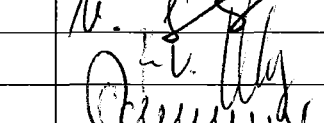
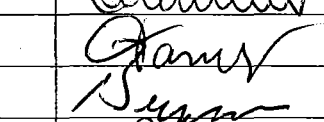
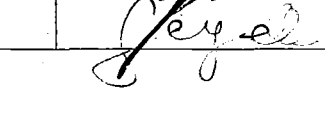





Stellvertreter

Protokollführerin

Anwesenheitsliste
für die Sitzung des Regionalrates Münster
am 15. Dezember 2014

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 12.20 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Langehaneberg, Berthold		X	
Weber, Stefan		X	
Tanjsek, Gerti		X	
Fehr, Helmut			
Schulze Esking, Werner		X	
Gutsche, Guido		X	
Nospickel, Ansgar		X	
Kösters, Karl		X	
Schemmer MdL, Bernhard		X	
Gerhardy, Martin		X	
Rauen, Engelbert		X	
Gerweler, Markus		X	
von Olberg, Robert		X	
Ommen, Detlef		X	
Turner, Hedwig		X	
Bergmann, Dietmar		X	
Sagel, Rüdiger		✓	

Beratende Mitglieder	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Schulte-Uebbing, Karl-Friedrich			
Eiling, Hermann		✓	
Lammers, Marianne		X	
Dr. Hülsdünker, Josef		X	
Lange, Windried		X	
Hemsing, Andreas		X	
Bösl, Ulrich			
Dr. Harenger, Michael		X	
Schmal, Ferdi		X	
Hoelzel, Monika		X	

Teilnehmer mit beratender Befugnis	Unterschrift	Abrechnung	
		Standard	gem. Formular
Landschaftsverband Westfalen-Lippe Dieter Gebhard		X	
Oberbürgermeister Münster			
Landrat Borken			
Landrat Coesfeld			
Landrat Steinfurt			
Landrat Warendorf			

